

Pressemitteilung

Datum: 16. August 2016
Kontakt: Peter Letter, Vorstandsmitglied Zuger Wirtschaftskammer, Tel. 079 413 95 47,
peter.letter@paprico.ch

Zuger Wirtschaftskammer: gegen «AHVplus» und «Grüne Wirtschaft»

Am 25. September 2016 stimmen wir über die AHVplus-Initiative der Gewerkschaften und die Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft» (Grüne Wirtschaft) der Grünen ab. Der Vorstand der Zuger Wirtschaftskammer empfiehlt beide Initiativen zur Ablehnung. Die «AHVplus»-Initiative bläht die AHV nur weiter auf, anstatt sie nachhaltig zu reformieren. Die Initiative «Grüne Wirtschaft» ist viel zu radikal und selbst mit innovativsten Technologien nicht zu erreichen. Sie schwächt die Wirtschaft und gefährdet Arbeitsplätze.

NEIN zur Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV»

Die Initiativbefürworter verlangen, dass alle AHV-Renten um zehn Prozent erhöht werden. Die Frage der Finanzierung lässt der Initiativtext offen. Berechnungen der Bundesverwaltung zeigen, dass eine Annahme der Initiative bis ins Jahr 2030 Mehrkosten von jährlich 5,5 Milliarden Franken verursachen würde. Eine erhebliche Mehrbelastung sowohl von Arbeitgebern als auch Arbeitnehmern wäre unvermeidlich.

Abgesehen vom Schadenpotential für die Wirtschaft ist der Ansatz einer pauschalen Rentenerhöhung nach dem Giesskannenprinzip auch sozialpolitisch falsch. Gerade einkommensschwachen Personen, die heute von Ergänzungsleistungen profitieren, wird mit der «AHVplus»-Initiative nicht geholfen, da die Erhöhung der AHV-Renten mit einer Reduktion der Ergänzungsleistungen einherginge. So oder so scheint die Initiative mit Blick auf die demographische Entwicklung aus der Zeit gefallen. Voranzutreiben ist hingegen das Projekt «Altersvorsorge 2020», mit dem die Altersvorsorge den demographischen Realitäten Rechnung tragend auf eine stabile Basis gestellt werden soll. Die Ausgestaltung dieser Reform ist für die Wirtschaft von zentraler Bedeutung.

In der anstehenden Reform der Altersvorsorge gilt es, die langfristige AHV-Finanzierung sicherzustellen. Da die «AHVplus»-Initiative die Finanzierungsprobleme weiter verschärft und einem funktionierenden Vorsorgesystem im Weg steht, empfiehlt der Vorstand der Zuger Wirtschaftskammer, die Vorlage abzulehnen.

NEIN zur Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft» (Grüne Wirtschaft)

Die Initiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft» (Grüne Wirtschaft) will eine konsequente Kreislaufwirtschaft einführen und zielt zu diesem Zweck auf Regulierungen und Steuer-massnahmen bei Unternehmen. Die Schweiz muss sich verpflichten, ihren ökologischen Fussabdruck bis ins Jahr 2050 um zwei Drittel zu reduzieren. Zur Erreichung dieses hochgesteckten Ziels würden auch die radikalsten Massnahmen im Bereich der Effizienzsteigerung nicht ausreichen. Bund und Kantone müssten strengste Vorschriften ergreifen. Die Folgen wären steigende Konsumentenpreise, verteuerte Mobilität, höhere Mieten und Hypotheken sowie einschneidende Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit. Für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet dies, dass auch der konsequente Verzicht auf Fleisch, auf Reisen und auf die Nutzung von Autos nicht genügen würde, um die angestrebten Ziele zu erreichen. Besonders irritierend ist der mit der Initiative geäusserte Vorwurf, die Schweizer Wirtschaft wäre heute nicht «grün», also nicht nachhaltig und ressourcenineffizient. Dabei verkennen die Initianten, dass eine auf Wettbewerb ausgerichtete Wirtschaftsordnung und Offenheit gegenüber technologischem Fortschritt die Unternehmen zur ständigen Verbesserung der Ressourceneffizienz antreibt. Für viele Unternehmen ist längst selbstverständlich, ökologisch nachhaltig zu handeln.

Der Vorstand der Zuger Wirtschaftskammer lehnt, die Initiative «Grüne Wirtschaft» ab. Sie ist viel zu radikal und selbst mit innovativsten Technologien nicht zu erreichen. Um den Ressourcen- und Energieverbrauch zu reduzieren braucht es sowohl das Engagement der Privathaushalte als auch den Einsatz der Wirtschaft. Gefragt sind Eigeninitiative und technologische Offenheit, jedoch keine neuen Regulierungen. Die Annahme der Initiative führt zu höheren Kosten und gefährdet Arbeitsplätze. Die Zuger Wirtschaftskammer spricht sich geschlossen gegen die nicht umsetzbare Initiative aus.